

Serbien

Sabine Willenberg

Im März 2012 hatte Serbien ein wichtiges Ziel auf dem Weg in die EU erreicht: den EU-Kandidatenstatus. Die kurz darauf folgenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, die die proeuropäischen Kräfte um Boris Tadic's Demokratische Partei (DS) abwählten und stattdessen (ehemals) nationalistisch/national-konservative Kräfte an die Macht brachten, riefen jedoch erneut die Skeptiker auf den Plan. Sie bezweifeln die Ernsthaftigkeit der Fortführung des europäischen Weges.¹ Das vergangene Jahr geriet für Serbien damit umso mehr zur Bewährungsprobe – flankiert von altbekannten Problemen wie dem Verhältnis zu Kosovo –, die nicht durchwegs überzeugend gelang. Im Endeffekt brachte sie Serbien aber die Empfehlung der Kommission ein, die Verhandlungen über den Beitritt zur EU aufzunehmen.

Bewährungsprobe zwischen Europakurs und nationalistischer Provokation

Die Bemühungen des neuen Präsidenten Tomislav Nikolic (Serbische Fortschrittspartei, SNS) und der Regierung um Ivica Dacic (Sozialistische Partei Serbiens, SPS), ihre Politik als Abkehr von früheren nationalistischen Avancen und stattdessen als klare Hinwendung zum europäischen Kurs zu positionieren, sind offensichtlich. Gerade gegenüber den Nachbarstaaten mündeten sie jedoch wiederholt in tiefgreifenden Irritationen: So brüskierte der frühere Ultranationalist Nikolic gleich nach Amtsantritt im Mai 2012 die Nachbarn in Kroatien und Bosnien-Herzegowina, indem er Vukovar als eine „serbische Stadt“ bezeichnete und einen Völkermord in Srebrenica komplett negierte.² Eine Wiederannäherung an die Nachbarn erfolgte seither nur bedingt: Auf Präsidentschaftsebene bleibt Kroatien distanziert. Und auch Nikolic's verbaler Kniefall in Bosnien-Herzegowina im April 2013, bei dem er sich für die Verbrechen „im Namen Serbiens“ entschuldigte, jedoch mit mehrdeutigen Formulierungen zu viel Raum für verschiedenen Auslegungen ließ, machte die früheren Irritationen nur teilweise gut.³

Vom Kandidatenstatus bis zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen

Trotzdem fiel sowohl der Fortschrittsbericht der Kommission vom 10. Oktober 2012⁴ als auch der Gemeinsame Bericht der Europäischen Kommission und der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik vom 22. April 2013⁵ insgesamt sehr wohlwollend und positiv

1 Vgl. hierzu auch Sabine Willenberg: Serbien, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration 2012*, Baden-Baden 2012, S. 533f.

2 Vgl. Deutsche Welle, 09.06.2012: Serbiens Präsident leugnet Völkermord.

3 Vgl. Deutsche Welle, 26.04.2013: Eine Entschuldigung mit fadem Beigeschmack.

4 European Commission: *Serbia 2012 Progress Report accompanying the document Communication from the Commission to the European Parliament and the Council – Enlargement Strategy and Main Challenges 2012-2013*, COM(2012) 600, Brussels, 10.10.2012.

5 Europäische Kommission und Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik: *Gemeinsamer Bericht über die Fortschritte Serbiens bei der Erreichung des notwendigen Maßes an Erfüllung der Beitrittskriterien und insbes. des prioritären Ziels von Schritten im Hinblick auf eine spürbare und nachhaltige Verbesserung der Beziehungen zum Kosovo*, JOIN(2013) 7 final, Brüssel, 22.4.2013.

aus: Nachholbedarf sieht die Kommission im Bereich der Rechtsstaatlichkeit, darunter bei Justizreform und Korruptionsbekämpfung, Unabhängigkeit der Institutionen, Medienfreiheit, Antidiskriminierungspolitik und Minderheitenschutz. Hier habe sich Serbien dazu verpflichtet, Reformen mit mehr Nachdruck voranzutreiben und erarbeite entsprechende Strategien, die seitens der Kommission unterstützt würden.

Vor allem aber habe Serbien laut dem Gemeinsamen Bericht erhebliche Fortschritte gemacht, was das Verhältnis zu Kosovo angehe: Aktiv und konstruktiv habe es sich an dem Dialog mit Pristina beteiligt und erzielte Vereinbarungen, etwa im gemeinsamen Grenzmanagement umgesetzt. Als Höhepunkt hebt der Gemeinsame Bericht die am 19. April 2013 erfolgte Paraphierung eines „Normalisierungsabkommens“ zwischen Belgrad und Pristina hervor. Demnach erfülle Serbien nun ausreichend die politischen und wirtschaftlichen Kriterien sowie die Verpflichtungen aus dem Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess und dem Interimsabkommen. Das Land sei zudem fähig, die aus der Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen zu übernehmen, so dass Kommission und Außenbeauftragte im Gesamturteil die Aufnahme von Verhandlungen über den EU-Beitritt empfehlen.⁶

Zweifel an Nachhaltigkeit berechtigt

Serbien ist damit dem Ziel der EU-Integration einen gewaltigen Schritt näher, jedoch sind gerade bezüglich des Verhältnisses zu Kosovo Zweifel berechtigt. Das Normalisierungsabkommen sieht eine weit gefasste Selbstverwaltung der Serben im Nordkosovo vor, die sich jedoch in den Kosovo-Staat eingliedern müssen. Dagegen regt sich aber sowohl in Serbien als auch bei den Serben im Nord-Kosovo massiver Protest, der einer zügigen Umsetzung des Abkommens im Wege stehen dürfte.

Zwar stimmte das serbische Parlament dem Normalisierungsabkommen mit großer Mehrheit zu. Stimmung mit Massenwirkung gegen das Abkommen macht aber die radikal-nationalistische Opposition und Teile der serbisch-orthodoxen Kirche. Von „Verrat“ ist die Rede, dem Vorwurf, „spirituell und historisch wichtigstes Territorium“ aufzugeben, gipfelnd in Morddrohungen gegen die Staats- und Regierungsspitze, die ihrerseits defensiv wieder zu radikalen Tönen greift.⁷ Im Nord-Kosovo kündigten die Serben an, nicht nur die Umsetzung des Abkommens mit allen Mitteln zu boykottieren, sondern sich auch unabhängig erklären zu wollen, um sich dann als „Autonome Provinz“ dem Mutterland Serbien anzuschließen.⁸

Die Anreizstrategie der EU hat hier also einmal wieder funktioniert: Für die Unterschrift unter das Normalisierungsabkommen wurde Belgrad der ersehnte Termin für die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen in Aussicht gestellt, Kosovo ist der Visafreiheit und dem Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen ein Stück näher. Dies beeindruckt nicht nur die einheimische politische Öffentlichkeit, sondern weckt auch Hoffnung auf bessere Zeiten.⁹ Es ist jedoch fraglich, ob die Mitgliedstaaten dem Vorschlag der Europäischen Kommission zustimmen werden. Schließlich wird als Bedingung die zügige Umsetzung der Vereinbarung benannt wird, und es kann bezweifelt werden, dass Belgrad und Pristina damit aufwarten werden.

6 Vgl. Europäische Kommission / Hohe Vertreterin Außen-/ Sicherheitspolitik: Gemeinsamer Bericht, S. 12ff.

7 Vgl. Deutsche Welle, 21.05.2013: Berlin erwartet Taten von Belgrad und Pristina.

8 Vgl. Deutsche Welle, 26.04.2013: Serbiens Parlament sagt Ja zu Kosovo-Abkommen; Deutsche Welle, 28.05.2013: Serbische Minderheit will Unabhängigkeit von Albanern.

9 Hier und nachfolgend Dusan Reljic: Eine zügige Umsetzung des jüngsten Kosovo-Abkommens ist unwahrscheinlich. SWP Kurz gesagt, Berlin 23.04.2013.